

# Der freiheitliche Rechtsstaat muss die Menschen schützen - schützen in den Formen der freiheitlichen Verfassung

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in einem ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)-Berlin direkt-Interview am 8.7.2007

**Frage:** Was halten Sie von folgendem Zitat: "Ich will nicht von Kameras aufgenommen werden, sobald ich vor die Haustür trete. Ich will nicht alle fünfzig Meter einen Polizisten stehen haben. Das wäre nicht mehr mein Land. Ich will doch nicht Orwell 1984 einführen."

**Antwort:** Das geht mir auch so.

**Frage:** Das (sagte) der Berliner Innensenator Körting. Halten Sie den Mann für leichtsinnig, weil er beim Thema Terrorismus so liberal ist?

**Antwort:** Nein, das will ja niemand. Auch Herr Körting ist ein Mensch, der die Verantwortung eines Innenministers genau so ernst nimmt wie ich. Das ist nur ein Zitat aus dem Zusammenhang... Wir wissen die Antworten (auf die Bedrohung durch islamistischen Terror) nicht wirklich, aber zumindest müssen Innenminister darüber nachdenken, wie wir das, was die Menschen an Sicherheit vom Staat erwarten, in verfassungsrechtlich einwandfreie Formen gießen können.

**Frage:** Aber das alles hat Otto Schily auch gesagt nach dem 11. September 2001, und er hat damals die Sicherheitsgesetze massiv verschärft. Hat der Staat nicht genug in der Hand, um Deutschland vor Terroristen zu schützen?

**Antwort:** Die Entwicklung geht immer weiter... Ich bin dafür, ein eigenes Gesetz (zur Online-Durchsuchung) zu machen...

**Frage:** Wenn der Staat sich auf die Computer zu Hause einschleicht, ist das nicht schon der totale Überwachungsstaat, ist das nicht Orwell?

**Antwort:** Der Staat schleicht sich ja nicht in die Computer zu Hause ein, sondern der Staat hat immer in der Geschichte – wenn er Anhaltspunkte hatte für mögliche Bedrohungen – unter strengen rechtsstaatlichen Voraussetzungen (überwacht). Darüber müssen Richter entscheiden. Das muss kontrolliert und begrenzt sein und hinterher auch offengelegt werden – so, wie man Telefonkontrolle macht... Man kann nicht sagen: Wir haben jetzt eine neue Technik der Kommunikation, da wollen wir uns überhaupt nicht darum kümmern... Wenn wir die Anschläge verhindern wollen, müssen wir versuchen, vorher zu wissen, was (die Terroristen) vorhaben.

**Frage:** Sie schlagen eine ganze Reihe von Maßnahmen vor: die Online-Untersuchung, Sie wollen den Internet- und den Handyverkehr kontrollieren, mehr Bundeswehr im Innern, und möglicherweise wollen Sie sogar gekaperte Passagiermaschinen abschießen lassen. Ist das noch der liberale Rechtsstaat?

**Antwort:** Das ist schon der freiheitliche Rechtsstaat. Der muss die Menschen schützen – in den Formen, in den Instituten der freiheitlichen Verfassung. Mit der Bundeswehr ist es nun

wirklich überhaupt nicht so, wie das öffentlich dargestellt wird. Wir haben eine Koalitionsvereinbarung, wo wir gesagt haben: Wenn das Verfassungsgericht sagen sollte, dass für das Luftsicherheitsgesetz ... die verfassungsmäßige Grundlage nicht ausreicht, dann müssen wir sie schaffen... Es geht doch nicht darum, dass man die Bundeswehr als Polizei einsetzt. Da gibt es klare Unterschiede. Aber dass Gefahren, die nur die Bundeswehr abwehren kann, auf einer einwandfreien verfassungsrechtlichen Grundlage abgewehrt werden müssen – das genau ist das Gebot des Verfassungsstaates.

**Frage:** Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sagte heute Nachmittag (08.07.) in Mainz dazu: "Wir dürfen die Freiheit nicht zu Tode schützen."

**Antwort:** Da hat er Recht. Ich möchte Anschläge verhindern, aber ich möchte vor allem, dass wenn etwas passiert ..., dass alle das sichere Bewusstsein haben, dass das Menschenmögliche getan worden ist – nicht mehr und nicht weniger. Um der Freiheit (willen) muss man Risiken hinnehmen. Aber das Risiken-Hinnehmen heißt nicht, dass man sich bequem in den Liegestuhl legt und sagt: Wir tun gar nichts. Da würde der Staat seine Legitimation verlieren.